



129/2006

Kiel, 11. September 2006

## Vorschau auf die Landtagssitzung: Erste Lesung Landeshaushalt 2007/2008

Kiel (SHL) – *Der Doppelhaushalt des Landes für die Jahre 2007 und 2008 wird zum Auftakt der am Mittwoch, 13. September 2006, um 10:00 Uhr beginnenden Landtagssitzung in Erster Lesung beraten.*

Drei Stunden lang wird das Plenum über die **Haushaltsvorlage der Regierung** und den Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2006 bis 2010 (Drs. 16/910, 921) beraten. Dabei geht es um Nettoausgaben von gut 16,6 Milliarden Euro, die die Landesregierung für die nächsten zwei Jahre vorgesehen hat. Einen verfassungsgemäßen Haushalt, bei dem die Ausgaben für Investitionen prozentual über der Schuldenaufnahme liegen, so das Finanzministerium, wird die Landesregierung dem Landesparlament in dieser Wahlperiode nicht vorlegen können.

Die geplanten Investitionen steigen prozentual zunächst von 9,0 auf 9,4 Prozent im kommenden Jahr, um dann in 2008 auf 8,6 Prozent zu sinken. Die Kreditfinanzierungsquote wird kontinuierlich abgesenkt: Sind es 2006 noch 19 Prozent, so fällt sie im nächsten Jahr auf 15,8 Prozent und dann in 2008 nochmals auf 14,6 Prozent. Ziel der Landesregierung ist es, die Nettoneuverschuldung in den kommenden Jahren von 1,7 Milliarden Euro auf 850 Millionen Euro (2010) zu reduzieren. Im Laufenden Haushalt 2006 wird laut Finanzministerium jeder fünfte Euro aus neuen Schulden bezahlt.

Zuvor hat das Plenum zu entscheiden, ob **drei Dringlichkeitsanträge** noch in die Tagesordnung aufgenommen werden: Einen hat die Regierungskoalition unter der Überschrift **Keine Schlechterstellung der schleswig-holsteinischen Kommunen bei Hartz IV** eingebracht (Drs. 16/968). Demnach soll die Landesregierung sich beim Bund dafür stark machen, dass die Kommunen die Kosten der Unterkunft für SGBII-Leistungsberechtigte vollständig erstattet bekommen. Die Bund/Länder-Verhandlungen zu diesem Thema beginnen am 13. September.

Die FDP hat einen Dringlichkeitsantrag unter der Überschrift **Staatsmonopol bei Sportwetten aufbrechen – private Wettanbieter zulassen** eingebracht (Drs. 16/970). Und die GRÜNEN wollen noch das Thema **Sicherheitsmängel im Atomkraftwerk Brunsbüttel** in

der aktuellen Landtagssitzung beraten (Drs. 16/973). Die Dringlichkeit ist laut Geschäftsordnung gegeben, wenn zwei Drittel der Abgeordneten dem zustimmen.

Am Nachmittag wird ein weiterer Gesetzentwurf der Landesregierung in Erster Lesung beraten: das **Gesetz zur Erleichterung Öffentlich Privater Partnerschaften** (Drs. 16/935). Mit diesem Gesetz will die Landesregierung gemeinsame Bauvorhaben von Staat und Privatinvestoren in Schleswig-Holstein erleichtern. Das Regelwerk "zur Erleichterung Öffentlich-Privater Partnerschaften" (ÖPP) soll rechtliche Hürden für Land und Kommunen beseitigen und Investitionen fördern. Ein juristischer Rahmen für Kooperationen in den Bereichen Schulen, Schwimmbädern oder Straßen soll der Wirtschaft Impulse für mehr Jobs geben sowie Infrastruktur erhalten und neu schaffen. Beispiele für ÖPP-Modelle im Verkehrsbereich sind die LKW-Maut und der Herrentunnel in Lübeck. Durch die Einbindung der Wirtschaft in staatliche Aufgaben sollen die öffentlichen Haushalte entlastet werden. Bundestag und Bundesrat haben im Vorjahr ein ÖPP-Beschleunigungsgesetz beschlossen, das die Bildung solcher Zusammenschlüsse erleichtert.

Danach geht es im Plenum um die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema **Auswirkungen eines dauerhaft hohen Ölpreises auf Wirtschaft und Verkehr in Schleswig-Holstein** (Drs. 16/823). Mit Blick auf den in jüngster Zeit gestiegenen Ölpreis sieht die Landesregierung „negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit“ und „das Wohlergehen der Bevölkerung insgesamt“. Sie unterstützt daher „den Ausbau von Energiesparmaßnahmen, den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz“. Laut dem Papier ist Deutschland für 3,3 Prozent des Welterdölverbrauchs verantwortlich. Dies sei, gemessen am OECD-Mittel „unterdurchschnittlich“. Die Landesregierung verweist auf eine Reihe von Maßnahmen, „um die Abhängigkeit von Öl und Gas zu vermindern“. Dies sind zum Beispiel die Prüfung und Genehmigung von Strompreisen sowie eine Preisumfrage und – untersuchung bei Gasunternehmen. Das Kabinett spricht sich außerdem für die Beibehaltung der Steuervergünstigung für Biokraftstoffe und die Aufhebung der Gaspreisbindung an den Ölpreis aus. Im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds werden zudem verschiedene Projekte im Lande gefördert, etwa der Bio-Energiepark Eggebek.

Um die **Auswirkung der beschlossenen Eckpunkte zur Gesundheitsreform auf das Land Schleswig-Holstein** geht es danach. Die FDP-Fraktion fordert von der Landesregierung einen mündlichen Bericht in der laufenden Tagung (Drs. 16/931).

Nächstes Thema ist auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die **Zukunft des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein (UKSH)** (Drs. 16/959). Darin fordern sie die Landesregierung auf, ihre Pläne für einen Teilverkauf des defizitären UKSH zurückzustellen und sich stattdessen für bundeseinheitliche Basisfallwerte einzusetzen. Damit, so die Einschätzung der Oppositionsfraktion, sei das UKSH wirtschaftlich zu betreiben. Wissenschaftsminister Dietrich Austermann (CDU) plant dagegen den Einstieg privater Investoren mit bis zu 50 Prozent Anteil beim Klinikum an den

Standorten Kiel und Lübeck. Er stützt sich dabei auf ein Experten-Gutachten der Beraterfirma Deloitte & Touche. Demnach kann nur eine Teil-Privatisierung dafür sorgen, das Defizit von 70 Millionen Euro und den Investitionsstau von mehr als 500 Millionen abzubauen. Diese Pläne sind in der Vorwoche bei einer gemeinsamen Sitzung der Landtagsausschüsse für Bildung, Finanzen, Wirtschaft und Soziales überwiegend auf Skepsis gestoßen.

Einen Bericht über die **Schleswig-Holsteinische Hochschulbauplanung bis 2010** fordert die FDP zur nächsten Tagung des Plenums (11. – 13.10.06). (Drs. 16/962)

Nach Auffassung der Liberalen ist eine Neufassung der Regelung aus dem Januar 2005 erforderlich, weil dieser Bereich nach Inkrafttreten der Föderalismusreform vollständig in die Landeshoheit übergegangen ist. Bisher wurde diese Frage im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau geregelt.

Am **Donnerstag, 14. September**, steht zunächst ein **Regierungserklärung zur aktuellen Situation der Inneren Sicherheit** auf der Tagesordnung. Innenminister Stegner wird die Regierungserklärung im Plenum abgeben. Insgesamt soll 90 Minuten über dieses Thema debattiert werden. Anlass sind die im Zusammenhang mit den in Köln und Koblenz gefundenen Kofferbomben erfolgten Festnahmen zweier Verdächtiger in Kiel und im Libanon.

Der von der Regierung angestrebte **Verkauf des Landeswaldes** ist Gegenstand der darauf folgenden Debatte. Grundlage ist ein gemeinschaftlicher Antrag der Oppositionsparteien FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. Sie fordern, das seit August laufende Interessenbekundungsverfahren zur Vorbereitung des Verkaufs umgehend zu stoppen. Derzeit werden durch öffentliche Ausschreibung in Tageszeitungen und Amtsblättern potenzielle Käufer gesucht, die am Erwerb der 52.000 Hektar schleswig-holsteinischer Landesforsten interessiert sind. Die Ausschreibung läuft bis zum 22. September. Neben der Landtags-Opposition haben auch eine Reihe von Umweltverbänden gegen das Vorhaben protestiert.

Es folgt die Beratung eines energiepolitischen Themas: Es geht um die **Priorität für Erdkabel bei der Ausbau der Stromnetze in Schleswig-Holstein**. Hierzu hat der Wirtschaftsausschuss auf der Grundlage eines Antrages von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine einstimmige Beschlussempfehlung vorgelegt (Drs. 16/946). Darin spricht er sich „grundsätzlich“ für die Verwendung von Erdkabeln anstelle von Freileitungen aus. Der Ausschuss schränkt jedoch ein, dies müsse „technisch machbar und wirtschaftlich vertretbar“ sein. Zudem müssten sich die Windpark-Betreiber, um deren Strom es hauptsächlich geht, „angemessen an den möglichen Mehrkosten von Erdkabeln beteiligen“.

Um Gesundheitspolitik geht es anschließend beim Thema **Zukunft der integrierten Versorgung in Schleswig-Holstein**. Dazu berichtet die Landesregierung aufgrund eines FDP-Antrages dem Parlament (Drs. 16/827). „Integrierte Versorgung“ bedeutet: Niedergelassene Haus- oder Fachärzte bieten gemeinsam mit stationären Einrichtungen eine medizinische Versorgung "aus einer Hand" an. Sie kooperieren bei der Behandlung ihrer Patienten und teilen sich ein gemeinsames Budget. Laut dem Bericht des Sozialministeriums gab es zum Stichtag 31. März 2006 im Lande 71 solche Kooperationen. 12.500 Versicherte wurden hier behandelt. Zudem wird in

drei Kreisen über ein zweijähriges Modellprojekt zur Behandlung von jeweils 200 bis 350 ambulanten geriatrischen Patienten verhandelt. Die ehemalige rot-grüne Landesregierung hatte als Anschubfinanzierung für die Integrierte Versorgung 22,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Hiervon wurden bis Ende März gut 19 Millionen in Anspruch genommen. Die Landesregierung setzt sich dem Bericht zufolge für eine Verlängerung dieser Zahlungen bis Anfang 2008 ein.

Am **Nachmittag** geht es zu Beginn um einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in dem eine **geräteunabhängige Mediengebühr** statt der geltenden Rundfunkgebühr gefordert wird (Drs. 16/934,neu). Hintergrund ist die zum 1.1.2007 geplante Einführung von Rundfunkgebühren für internetfähige Computer und Handys. In einem eigen Antrag fordert die FDP ein „mindestens zweijähriges Aussetzen“ der Gebührenpläne (Drs. 16/969). Zudem soll es nach Willen der Liberalen den Landesrundfunkanstalten verboten werden, private Nutzerdaten zu speichern.

Nächstes Thema ist der **Modellversuch Flensburg als Testregion für die Einführung einer Gesundheitskarte**. Auf Initiative von CDU und SPD hat die Landesregierung dazu einen Bericht vorgelegt (Drs. 16/829). Auf der Karte sind mittels eines Speicherchips persönliche Angaben zur Krankenversicherung sowie Notfalldaten wie Blutgruppe, Allergien, chronische Erkrankungen, aber auch Angaben zu Impfungen oder Implantaten gespeichert. Die Karte soll den Verwaltungsaufwand im Gesundheitssektor verringern, etwa durch das so genannte elektronische Rezept, und im Notfall eine schnelle Information von Ärzten und Sanitätern gewährleisten. Der Versuch mit der Chipkarte wurde im September 2003 in der Fördestadt mit den ersten 100 Prototypen gestartet. Der Norden des Landes ist eine von insgesamt acht Test-Regionen im Bund. Mittlerweile verfügen mehr als 1.200 Patienten im Raum Flensburg über die Gesundheitskarte.

Um **Kinderschutz** geht es beim nächsten Tagesordnungspunkt. Grundlage ist ein Bericht der Landesregierung unter der Überschrift **Früher wahrnehmen – schneller handeln – besser kooperieren – zum Wohle unserer Kinder** (Drs. 16/830).

Einige Aspekte aus dem Regierungsbericht:

- Das Sozialministerium verweist darauf, dass das Land die wissenschaftliche Auswertung der Schuleingangsuntersuchungen finanziell fördert. Dadurch sei zu ermitteln, wie viele Eltern die Vorsorgeuntersuchungen U1 bis U9 wahrnehmen. Im Lande werden demnach 98,9 Prozent der Kinder unmittelbar nach der Geburt im Rahmen der U1 untersucht. Bis zur U9 (60. bis 64. Lebensmonat) sinkt die Beteiligung auf 87 Prozent.
- In Schleswig-Holstein gibt es 34 Familienbildungsstätten und damit nach Ansicht der Landesregierung „ein flächendeckendes Netz“ an solchen Einrichtungen. Hier können Eltern Kurse in Geburtsvorbereitung, Säuglingspflege oder Erziehungskompetenz belegen. Das Land fördert diese Einrichtungen in diesem Jahr mit 747.000 Euro.
- 13.000 Euro wendet das Land in diesem Jahr für die Ausbildung von Beratern auf, die sich etwa speziell um Eltern mit behinderten Kindern oder um Alleinerziehende kümmern.

Danach geht es in einem weiteren Regierungsbericht um **Frühförderung von Kindern mit Behinderung** (Drs. 16/928). Zur Frühförderung zählt die ärztliche, therapeutische, psychologische, pädagogische und psychosoziale Hilfe für behinderte oder von Behinderung bedrohte Kinder. Laut Bericht gibt es im Lande ein „gewachsenes, gut funktionierendes Angebot“ in diesem Bereich. In rund 60 Frühförderstellen wurden im Laufe des Jahres 2004 mehr als 2.800 Kinder unter 7 Jahren betreut. Das sind 1,5 Prozent aller Kinder dieser Altersgruppe in Schleswig-Holstein.

Der nächste Tagesordnungspunkt befasst sich mit der **Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen**. Hierzu hat die Landesregierung auf Initiative von CDU und SPD einen Bericht vorgelegt (Drs. 16/929). Die Anti-Korruptions-Organisation Transparency International (TI) geht für Deutschland von jährlichen Verlusten zwischen sechs und 20 Milliarden Euro für die Patienten durch Bestechung, Manipulation oder Veruntreuung aus. Da bei dieser Schätzung vorwiegend Angaben aus dem Ausland auf Deutschland übertragen wurden, sieht die Landesregierung „keine nachvollziehbaren Zahlen“ in dem TI-Papier. Dennoch sei die Korruption auch im deutschen Gesundheitssystem ein Problem. Hier habe nach Einschätzung des Sozialministeriums aber insbesondere die letzte Gesundheitsreform aus dem Jahr 2004 „erfolgreich“ gegengesteuert. Zu den Maßnahmen gehören:

- die Einrichtung von „Prüfungsstellen zur Bekämpfung von Fehlverhalten“ bei Kassenärztlichen Vereinigungen und Krankenkassen,
- die Einrichtung eines „unabhängigen Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen“ durch die Krankenkassen,
- der Ausbau von Transparenz über Angebote, Leistungen, Kosten und Qualität in der Gesetzlichen Krankenversicherung habe die Patientensouveränität erhöht,
- die Verpflichtung zur Veröffentlichung von Vorstandsgehältern.
- Ein Prüfungsausschuss und eine Beschwerdeausschuss durchleuchtet seit 1. Januar 2004 die Wirtschaftlichkeit ärztlicher Leistungen.

Letztes Thema am Donnerstag ist dann die **Pflege**: Hierzu liegen zwei Regierungsberichte vor (Drs. 16/936 u. 945). In einem von CDU und SPD initiierten Bericht nimmt das Sozialministerium zur Situation der ambulanten Pflege im Lande Stellung. Dem Papier zufolge wurden 2003 insgesamt 45.923 der etwa 74.000 Pflegebedürftigen zu Hause versorgt. Bei einem Drittel hiervon übernahmen Pflegedienste die ambulante Betreuung, bei zwei Dritteln die Angehörigen. Bei einem großen Teil dieser Personengruppe (37.000) wurde die Pflegebedürftigkeit von einer Demenzerkrankung begleitet. In einem zweiten, von Schwarz-Rot und den GRÜNEN angeforderten Bericht geht es um die trägerunabhängigen Pflegeberatungsstellen im Lande. Hier zieht die Landesregierung eine positive Bilanz: Durch Beratung der Betroffenen sei es gelungen, in vielen Fällen Perspektiven für eine Pflege zu Hause aufzuzeigen und eine Heimunterbringung zu vermeiden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten zudem vorgeschlagen, ein landesweites Pflegeportal als zentrales Informationsangebot einzurichten. Hier lässt das Sozialministerium nach eigenen Angaben zurzeit prüfen, ob der so genannte elektronische Pflegeatlas für diesen Zweck öffentlich nutzbar gemacht werden kann.

Am **Freitag, 15. September 2006**, debattiert das Landesparlament zunächst über den **Ostseebericht 2006** der Landesregierung (Drs. 16/890) und den Regierungsbericht über die **Schleswig-Holstein-Büros im Ostseeraum** (Drs. 16/913). Seit 1993 legt die Landesregierung regelmäßig einen Bericht über ihre Ostseeaktivitäten vor. Er stellt die wichtigsten Schwerpunkte und Leitziele der schleswig-holsteinischen Landesregierung dar. Zugleich gibt er einen Überblick über die aktuelle Entwicklung der Zusammenarbeit im gesamten Ostseeraum (Ostseekooperation), darunter die Arbeit des Ostseerates (CBSS), der Konferenz der Subregionen des Ostseeraums (BSSSC) sowie die Ostseepolitik der Europäischen Union.

Zur Förderung der Zusammenarbeit im Ostseeraum betreibt das Land zudem sechs so genannte Schleswig-Holstein-Büros in Malmö, Danzig, Tallinn, Vilnius, Riga und Kaliningrad. Durch einen Staatsvertrag mit Hamburg ist Schleswig-Holstein seit Oktober 2005 zudem am Hanse-Office in St. Petersburg beteiligt.

Das nächste Thema hat der SSW auf die Tagesordnung gesetzt: Die SSW-Abgeordneten fordern, **die „Denkpause“ der EU in Schleswig-Holstein aktiv zu nutzen** (Drs. 16/899). Darin wird der Landtag aufgefordert, eine breite Debatte in Schleswig-Holstein über Ziele, Probleme und Zukunft der Europäischen Union anzustoßen. Der Europaausschuss soll diese Debatte planen und finanzielle Unterstützung seitens der EU für die beteiligten Gruppen und Initiativen organisieren. Nach Vorstellung des SSW soll dieser Prozess am 1. Januar 2007 beginnen und mit einer Bürgeranhörung im Landtag im April oder Mai abgeschlossen werden.

In Zweiter Lesung geht es anschließend um das **Gesetz zur Neuordnung der Amtsgerichtsbezirke**. Grundlage hierzu ist eine Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses (Drs. 16/952), den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Demnach sollen fünf der 27 Gerichte geschlossen werden: Kappeln und Geesthacht zum 31. März 2007, Mölln zum 31. März 2008 und Bad Oldesloe sowie Bad Schwartau zum 30. September 2009. Die Einzugsbereiche werden auf die verbleibenden Amtsgerichte aufgeteilt. Zudem werden Gebietsteile aus den aufnehmenden Bezirken Schwarzenbeck, Lübeck und Ahrensburg ausgegliedert und Nachbargerichten zugeschlagen.

Nächstes Thema ist der Bericht zur **Ausgliederung aus dem Landeshaushalt und Zahlungsverpflichtungen des Landes** (Drs. 16/937). Der Bericht listet 24 Einrichtungen auf, die zumeist seit den 90er Jahren durch Landtagsbeschluss in eine Körperschaft oder Anstalt des öffentlichen Rechts, in einen Landesbetrieb oder ein Sondervermögen umgewandelt wurden. Hierzu zählen beispielsweise die Gebäudemangement Schleswig-Holstein (GMSH), die Liegenschaftsverwaltung, der Landesbetrieb Straßenbau, die Universitäten und Hochschulen des Landes, das Kulturzentrum Salzau oder das Landesmuseum Schloss Gottorf. Laut Finanzministerium sind in diesem Jahr Gesamteinnahmen für diese Einrichtungen von 1,356 Milliarden veranschlagt. Hiervon stammen 642 Millionen aus eigener Tätigkeit, 510 Millionen aus dem Landeshaushalt und 190 Millionen aus anderen Quellen wie Bundes- und EU-Mitteln oder Spenden.

Um die **Eigenkapitalsituation im Mittelstand** geht es in einem weiteren Regierungsbericht (Drs. 16/938), der auf Antrag der Regierungskoalition vorgelegt wurde. Nach einer Definition des Instituts für Mittelstandsforschung zählen Unternehmen mit einem Jahresumsatz von unter 50 Millionen Euro und mit weniger als 500 Beschäftigten zum Mittelstand. Firmen, die mit bis zu zehn Mitarbeitern weniger als eine Million Euro Jahresumsatz erzielen, gelten als kleine Unternehmen. Laut Wirtschaftsministerium gehören von den rund 115.000 Unternehmen im Lande nur 300 nicht in diesen Bereich. Mehr als drei Viertel aller Arbeitsplätze (fast 600.000) wie auch die meisten Lehrstellen werden hier angeboten.

Dann wird über die **Zukunft der Kohle/Energiegewinnung aus Kohle** beraten. Auch hierzu hat die Regierung einen Bericht vorgelegt (Drs. 16/939). Demnach spielt die Kohle bei der Energieversorgung Schleswig-Holsteins zurzeit eine unterdurchschnittliche Rolle. Während Stein- und Braunkohle mit 24,1 Prozent am Primärenergiebedarf deutschlandweit der zweitwichtigste Energieträger sind (hinter Mineralöl), liegt die Kohle im Norden mit 11,1 Prozent lediglich an vierter Stelle (hinter Kernenergie, Mineralöl und Gas). Auch der Anteil an der Bruttostromerzeugung liegt im Lande mit 15 Prozent deutlich unter dem Bundesschnitt von knapp 50 Prozent.

Am **Nachmittag** wird ein Regierungsbericht diskutiert, der auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW vorgelegt wurde. Es geht darum, **Bürokratiekosten zu messen und begrenzen** (Drs. 16/774,neu). Insbesondere fragten die Antragsteller nach der möglichen Anwendung des "Standard-Kosten-Modells" in Schleswig-Holstein. Dieses aus den Niederlanden stammende Pilotprojekt hat zum Ziel, den Aufwand bürokratischer Auflagen zu messen und Einsparmöglichkeiten sichtbar zu machen – etwa durch die Streichung von Informationspflichten durch die Nutzung bereits vorhandener Statistiken. Der Bericht kommt zum Schluss, dieser Ansatz könne „einen wirkungsvolles Instrument mit Signalwirkung darstellen um auch in Schleswig-Holstein dazu beizutragen, eine neue Kultur des Regierungshandelns zu schaffen“.

Anschließend geht es auf Antrag der GRÜNEN um das von der Landesregierung aufgelegte **Zukunftsprogramm Wirtschaft**. Die Landesregierung berichtet dazu (Drs. 16/940). Mit dem Zukunftsprogramm Wirtschaft will die schwarz-rote Landesregierung in Schleswig-Holstein für mehr Beschäftigung und Wachstum sorgen. Das Kabinett stimmte am vergangenen Dienstag den Grundsätzen des Programms zu. Rund 680 Millionen Euro Fördermittel stünden von 2007 an bis 2013 für Wirtschaftsförderung bereit, sagte Wirtschaftsminister Dietrich Austermann (CDU) in Kiel. Dazu gehören unter anderem 332 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds (EFRE) für regionale Entwicklung - das sind etwa 100 Millionen mehr als in der vergangenen Förderperiode - und 175 Millionen Euro Landesmittel.

Nächstes Thema ist das **Angebot an Studienplätzen**, über das die Landesregierung auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN berichtet (Drs. 16/941). Demnach geht die Landesregierung in den nächsten Jahren von einem deutlichen Anstieg an Studienanfängern aus. Bis 2011 wird den Berechnungen des Wissenschaftsministeriums zufolge ein Zuwachs von 34,5 Prozent gegenüber 2005 auf 10.912 Neu-

Studenten erwartet. Danach soll die Zahl wieder auf den aktuellen Stand absinken, bis 2016 ein neuer Höchstwert mit 13.562 ins Haus steht. Der Grund hierfür ist, dass in diesem Jahr aufgrund der Umstellung auf das zwölfjährige Abitur ein „Doppel-Jahrgang“ die Schule verlässt.

Auf Antrag der FDP-Fraktion berichtet die Landesregierung über die **Teilprivatisierung und Börsengang der HSH Nordbank** (Drs. 16/942). Hintergrund ist die Verkaufsabsicht der WestLB, einer Anteilseignerin der Nordbank. Das Düsseldorfer Unternehmen hatte Anfang des Monats beschlossen, seinen 27-prozentigen Anteil an eine amerikanische Investorengruppe um den Finanzkonzern C. Flowers für 1,25 Milliarden Euro zu verkaufen.

Dann geht es im Landtag um das **Baden in der Elbe**: Auf Initiative der Grünen nimmt die Landesregierung zur Wasserqualität der Elbe Stellung (Drs. 16/944).

Die hat sich laut dem Bericht des Umweltministeriums in den letzten Jahren deutlich verbessert. War die Elbe vor der Wiedervereinigung ein mit Schad- und Nährstoffen übermäßig belasteter Fluss und etwa der Verzehr von Elbefischen ausgeschlossen, so konnten in den vergangenen fünfzehn Jahren bedeutsame Fortschritte verzeichnet werden. Die erfreuliche Verbesserung der ökologischen Situation der Elbe bedeutet nach Auskunft des Umweltministeriums jedoch nicht, dass überall bedenkenlos gebadet werden kann.

**Weitere Informationen liefert die Landtagspressestelle im Internet unter [www.sh-landtag.de](http://www.sh-landtag.de) bei plenum online.**

**Kiel TV / Offener Kanal überträgt die Plenartagung live im Fernsehen.**

### Reihenfolge der Beratung der 15. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
<b>Mittwoch, 13. September 2006</b>			
<b>7</b>	<b>a) Haushaltsstrukturgesetz zum Haushaltsplan 2007/2008 b) Finanzplan 2006 bis 2010</b>	<b>180</b>	<b>10:00</b>
9	Gesetz zur Erleichterung Öffentlich Rechtlicher Partnerschaften	30	15:00
10	"Weg vom Öl" – Auswirkungen eines dauerhaft hohen Ölpreises auf Wirtschaft und Verkehr	30	15:30
13	Auswirkung der beschlossenen Eckpunkte zur Gesundheitsreform	30	16:00
19	Zukunft des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein	30	16:30
21	Schleswig-Holsteinische Hochschulbauplanung	30	17:00
<b>Donnerstag, 14. September 2006</b>			
<b>2</b>	<b>Regierungserklärung zur aktuellen Situation der Inneren Sicherheit</b>	<b>90</b>	<b>10:00</b>
<b>17</b>	<b>Verkauf des Landeswaldes</b>	<b>30</b>	<b>11:30</b>
25	Priorität für Erdkabel beim Ausbau der Stromnetze	35	12:00
31	Zukunft der integrierten Versorgung	30	12:30
<b>14</b>	<b>Keine Rundfunkgebühren für PCs und Handys - Medienabgabe geräteunabhängig gestalten</b>	<b>30</b>	<b>15:00</b>
32	Modellversuch Flensburg als Testregion für die Einführung einer Gesundheitskarte	30	15:30



TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
33	Früher wahrnehmen – schneller handeln – besser kooperieren – zum Wohle unserer Kinder	30	16:00
37	Frühförderung in Schleswig-Holstein	30	16:30
38	Korruption im Gesundheitswesen wirkungsvoll bekämpfen	30	17:00
40 u. 49	Ambulante Betreuung, ambulante Pflege „Selbständig leben und wohnen bei Pflege und Betreuungsbedarf“ und „Pflege stärken“	30	17:30
<b>Freitag, 15. September 2006</b>			
<b>22+35</b>	<b>Ostseebericht 2006 und Bericht über die S.-H.-Büros im Ostseeraum</b>	<b>30</b>	<b>10:00</b>
<b>12</b>	<b>"Denkpause" der EU in Schleswig-Holstein aktiv nutzen</b>	<b>30</b>	<b>10:30</b>
5	a) Gesetz zur Neuordnung von Amtsgerichtsbezirken b) Planungen zur Struktur der Gerichte	35	11:00
41	Bericht zu Ausgliederungen aus dem Landeshaushalt und Zahlungsverpflichtungen des Landes	30	11:35
42	Eigenkapitalsituation im Mittelstand	30	12:05
43	Zukunft der Kohle / Energiegewinnung aus Kohle	30	12:35
<b>30</b>	<b>Bürokratiekosten messen und begrenzen</b>	<b>30</b>	<b>15:00</b>
44	Zukunftsprogramm Wirtschaft	30	15:30
45	Angebot an Studienplätzen	30	16:00
46	Teilprivatisierung und Börsengang der HSH Nordbank AG	30	16:30
48	Baden in der Elbe	30	17:00

**Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen.**

TOP		Bericht- erstattung
3	Gesetz zur Änderung des Hafenanlagensicherheitsgesetzes (HaSiG)	5
4	Gesetz über die Errichtung einer Anstalt öff. Rechts „Offener Kanal Schleswig-Holstein“	5
6	GE zur Ausführung des Gesetzes zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe	-
8	Doppik-Einführungsgesetz	-
11	Ersatzwahl für den Richterwahlausschuss	-
15	Forst- und Holzwirtschaft in Schleswig-Holstein	-
16	Nordseekooperation	-
18	Kooperation von Jugendhilfe und Schule	-
20	Potenzial für den Technologietransfer ausschöpfen	-
23	Verfassungsbeschwerde gegen Beschlüsse d. Bundesverwaltungsgerichtes, d. Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes und geg. das Urteil d. Bayerischen Verwaltungsgerichts	5
24	Schutz und Förderung der Kultur der autochthonen nationalen Minderheiten	5
26	Konfliktprävention und Bildungschancen an Schulen	5
27	Pflegewissenschaft und -forschung	5
28	Abfallbehandlungskapazitäten in Schleswig-Holstein und Hamburg	5
29	Auswirkung des Aufstallungsgebotes auf die Geflügelwirtschaft	5
34	Bericht zur Unterrichtssituation 2005/06	-
50	Bericht der Investitionsbank 2005	-

**Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen und in der nächsten Tagung des Landtages zu behandeln:**

36	Fortentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Schl.-Holst. und der chinesischen Partnerregion Zhejiang
39	Bezuschussung der Beratungsarbeit der Arbeitsloseninitiativen
47	Anwendung der Rechtsform „Non-Resident-Limited“ durch Unternehmen